

Tickets werden teurer

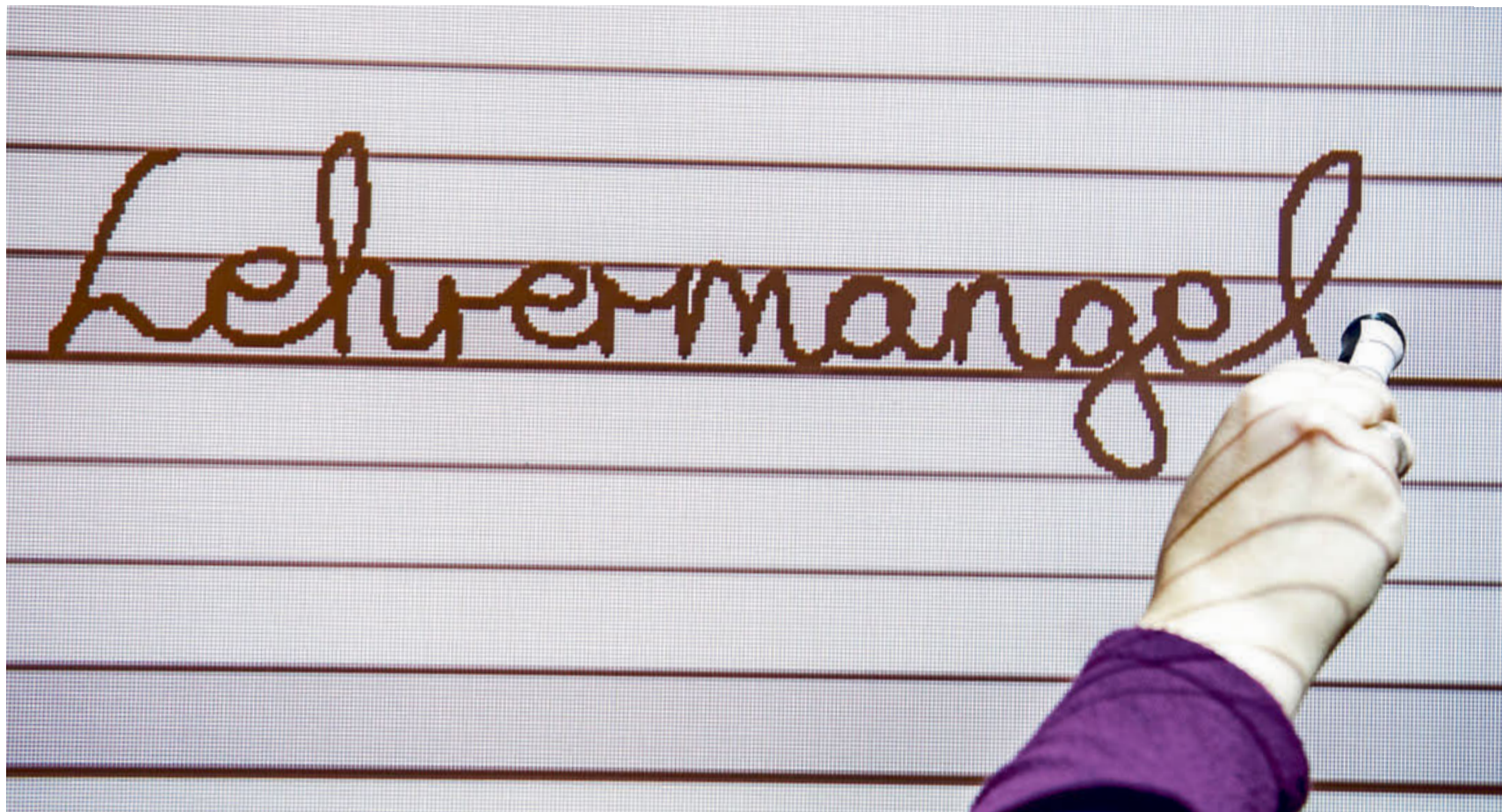
BIELEFELD (WB). Um durchschnittlich 1,85 Prozent werden zum 1. August die Ticketpreise im Westfalen-Tarif angehoben. Die Preiserhöhung sei zu gering, um die gestiegenen Kosten abzudecken, teilte die Geschäftsführung des Nahverkehrsverbands mit. Die Erhöhung sei aber bereits zu Jahresbeginn und damit vor Beginn des Ukraine-Krieges verabschiedet worden. „Es wird nicht einfach, das bestehende Nahverkehrsangebot ohne eine Preisanpassung auch im nächsten Jahr weiter so anbieten zu können“, heißt es weiter.

Die Erhöhung betreffe die Mehrheit der Fahrgäste erst ab September, wenn das 9-Euro-Ticket ausläuft. Die Preise für den E-Tarif „Ezy“ bleiben stabil. Dabei checkt sich der Fahrgast per App ein und aus. Verbesserte Nutzung kündigt der Tarifverbund beim Jobticket und beim sogenannten Flex-Ticket an, das für weitere Strecken erhältlich ist. Zudem gebe es Schnupper-Abos mit verkürzter Laufzeit.

Bauverein warnt Mieter

PADERBORN (WB/itz). Die Paderborner Baugenossenschaft Spar- und Bauverein bereitet die Mieter der insgesamt 3000 Wohnungen auf einen harten Herbst und Winter bevor. „Wir sehen es als unsere Pflicht an, unsere Mieter darauf hinzuweisen, dass sie angesichts der steigenden Energiepreise bereits jetzt damit beginnen sollten, Rücklagen zu bilden. Jeder kann von sich aus die Nebenkosten-Vorauszahlungen erhöhen“, sagte Vorstandssprecher Thorsten Mertens.

Die Genossenschaft warnt davor, bei einem möglichen Ausfall der Gasversorgung auf Heizlüfter und Elektroheizungen umzusteigen. Es sei eine Überlastung der Stromversorgung zu befürchten. Außerdem erhöhten Heizlüfter das Risiko eines Feuers. Der Verein berate mit Handwerksbetrieben über alternative Heizmethoden. Der Bau von Blockheizkraftwerken sei ebenso möglich wie Holzhack- und Pelletheizungen.



Eine Lehrerin schreibt auf einer digitalen Tafel das Wort Lehrermangel.

Foto: Caroline SeidSeidel-Dißmannel/dpa

Mehr Seiteneinsteiger und mehr Pensionäre angeworben – Ministerin kündigt 10.000 zusätzliche Lehrkräfte an

4400 Lehrerstellen unbesetzt

Von Bettina Grönwald

DÜSSELDORF (dpa). Trotz gewachsener Ausgaben für die Schulen und zusätzlicher Lehrerjobs ist die Lücke zwischen bereitstehenden Lehrerstellen und der tatsächlichen Besetzung größer geworden. Waren in NRW zu Beginn der abgelaufenen Legislaturperiode 2017 noch 1,9 Prozent der Stellen unbesetzt, sind es jetzt 2,7 Prozent. Das geht aus Zahlen hervor, die das Schulministerium zur Verfügung gestellt hat.

Demnach ist die Zahl der Lehrerstellen zwar seit Oktober 2017 um 7829 auf rund 160.120 gewachsen. Allerdings waren davon am 1. Juni dieses Jahres rund 4369 nicht besetzt. Vor fünf Jahren waren dagegen 2945 von 152.291 Stellen unbesetzt.

Die neue Schulministerin Dorothee Feller (CDU) kündigte Abhilfe an: „Diese Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Lehrerversorgung der Schulen in unserem Land nachhaltig zu verbessern.“ Das sei eine Daueraufgabe, die nun aktiv angegangen werde. „Wir werden zusätzlich 10.000 Lehrkräfte an unsere Schu-

len bringen und die Eingangsbesoldung für alle Lehrer auf A13 anheben.“ Das hatten CDU und Grüne in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart.

„Das wird vor allem an den Grundschulen helfen, den Lehrerberuf attraktiver zu machen und ist ein eindeutiges Zeichen der Wertschätzung“, betonte die Ministerin. Langfristig seien auch mehr Studienplätze hilfreich. „Wir brauchen aber auch Maßnahmen, die kurz- und mittelfristig wirken. Deshalb werden wir jetzt zum Beispiel prüfen, inwieweit wir weitere pädagogische Fachkräfte an unsere Schulen bringen können.“ Diese Vorhaben würden „jetzt mit Hochdruck angegangen“, versicherte die CDU-Politikerin.

Der Lehrerverband Bildung und Erziehung lobte die Ankündigung, betonte aber, jetzt komme es – etwa bei der Lehrereingangsbesoldung – auf zügige Umsetzung an. „Andere Bundesländer sind bereits weiter“, unterstrich der Landesvorsitzende Stefan Behlau.

Die SPD-Opposition kritisierte, bislang bleibe die schwarz-grüne Koalition

„viel zu vage“. Es sei wichtig, die Zahl der Lehramtsstudienplätze, angepasst an den Bedarf der unterschiedlichen Schulformen, auszuweiten, unterstrich der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Jochen Ott. Massive Defizite gebe es auch bei Sonder- und Sozialpädagogik.

Mehrbedarf ab 2026/27 durch Rückkehr zum neunjährigen Gymnasiums

Mit Sonderprogrammen – etwa für Seiteneinsteiger, Pensionäre und Laufbahnwechsler – habe die Landesregierung rund 5900 zusätzliche Einstellungen oder Weiterbeschäftigungen im Schuldienst ermöglicht, bilanzierte das Ministerium die abgelaufene Legislaturperiode. Demnach konnten allein schon 1047 Seiteneinsteiger für die Grundschulen gewonnen werden.

Die Zahl der Pensionäre, die sich bereit erklärt hätten, wieder als tarifbeschäftigte Lehrkräfte im Schuldienst

zu arbeiten, habe sich seit 2016 von damals 415 Lehrkräften auf 942 Lehrkräfte im Jahr 2021 mehr als verdoppelt.

Zusätzlich hätten schon 750 eigentlich für die Sekundarstufe II ausgebildete Lehrkräfte das Angebot einer Dauerbeschäftigung an einer Grundschule angenommen – verbunden mit der Garantie, nach zwei oder vier Jahren, entsprechend der Lehramtsbefähigung, auf eine Stelle für die Sekundarstufe II versetzt zu werden. Auch die 2018 eingeführte Möglichkeit, für die Sekundarstufe II ausgebildete Lehrkräfte zunächst in der Sekundarstufe I einzusetzen – mit Laufbahnwechselangebot nach vier Jahren – habe bereits zu 457 Einstellungen in einem Dauerbeschäftigungsverhältnis geführt.

In der Primarstufe und der Sekundarstufe hat es in den vergangenen Jahren besonders großen Fachkräftemangel gegeben, für die Gymnasien dagegen – mit Ausnahme von Mangelfächern wie Mathematik, Naturwissenschaften, Informatik, Technik, Kunst und Musik – ein Überangebot.

Da aber infolge der Umstellung vom acht- auf den neunjährigen Bildungsgang ein erheblicher Mehrbedarf an den Gymnasien zum Schuljahresbeginn 2026/27 prognostiziert worden ist, wurden den Bezirksregierungen im Vorgriff bereits 1450 zusätzliche Stellen zugewiesen. Sie dürfen bis dahin noch anderen Schulformen zugute kommen. Das sei bei den meisten der bislang 1380 eingestellten Lehrkräfte aus diesem Vorgriffverfahren bereits geschehen.

Seit rund zwei Jahren gibt es zudem die Möglichkeit, Lehrkräfte mit Sonderzulagen in Höhe von 350 Euro an besonders schwierige, schon lange vergeblich nach Personal suchende Standorte zu locken. Diese Option sei schon 148 Mal erfolgreich gezogen worden. Die Brutto-Monatszuschläge dürfen zweieinhalb Jahre gezahlt werden. Auch bei Lehramtsanwärtern wurden Potenziale gehoben: 1225 Referendare haben seit dem Schuljahr 2020/21 freiwillig zusätzlichen Unterricht an ihrer Ausbildungsschule erteilt. Die Mehrarbeit wird vergütet.

Duisburg: 49 Verdächtige

DUISBURG (dpa). Gut zwei Monate nach der Schießerei zwischen Rockern und Clanmitgliedern in Duisburg mit mehreren Verletzten werden neue Details bekannt: So ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen derzeit 49 Beschuldigte, die in ihren Vorstrafenregistern auf insgesamt 146 Einträge kommen. Demnach hatten sich am 4. Mai rund „100 Personen aus dem als organisiert und schwer kriminell einzustufenden Rocker- und Clanmilieu in aggressiver Grundhaltung“ auf dem Hamborner Altmarkt getroffen. Es seien 28 Schüsse durch mindestens drei Menschen abgegeben worden. Vier Beteiligte kamen mit Verletzungen in Krankenhäuser, aber „weitere Verletzte aus dem Umfeld der beiden Gruppen werden vermutet“. Von den 49 Beteiligten gehören laut Innenministerium 22 zu den „Hells Angels“, die übrigen überwiegend zu zwei Großfamilien. Fest steht: Die Mehrheit der Beschuldigten ist vorbestraft.

Waldbrand: Flug über OWL

DETMOLD (WB). Trockenheit, Hitze und viel Totholz machen heimische Wälder derzeit zur Gefahrenzone. Die Regionalforstämter und der Deutsche Wetterdienst stufen die Waldbrandgefahr als erheblich ein. Das NRW-Innenministerium hat deshalb am Montag angeordnet, die Wälder in Ostwestfalen-Lippe per Flugzeug auf mögliche Brände hin zu kontrollieren. Die ersten Flüge starteten Dienstag. Die Anordnung gilt je nach Wetterlage zunächst bis Mittwoch. Falls erforderlich, wird sie verlängert. Je zwei Flüge sind für Dienstag und Mittwoch geplant: einer am Vormittag und einer am Nachmittag. Die Flugroute ist ein Zick-Zack-Kurs über den Regierungsbezirk. Im Fokus stehen Gebiete rund um die Senne, große Moorflächen sowie alle Waldgebiete.

Am Steuer des Überwachungsflugzeugs sitzt ein Pilot des Luftsportvereins Oerlinghausen. Mit dabei sind ein Feuerwehrmann und Regionalförster.

Messerangriff in Hamm: Mann (34) leidet unter Schizophrenie

Täter wollte töten

HAMM (dpa). Im Fall des tödlichen Messerangriffs an einer Hochschule in Hamm im Juni suchte der Beschuldigte den Campus gezielt auf, „um Angehörige der Hochschule umzubringen“. Das geht aus einer am Montag veröffentlichten Antwort des NRW-Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion hervor. Der nicht vorbestrafte deutsche Staatsangehörige leidet demnach an einer paranoiden Schizophrenie und befand sich nach Einschätzung der Ermittler zum Tatzeitpunkt „im Zustand erheblich verminderter Schuldfähigkeit“.

Seine Opfer hielt er den Angaben zufolge für Zugehörige eines „Clans“, der ihn verfolge, abhöre und töten wolle. Der Mann sei seit geraumer Zeit Student an der Hochschule Hamm-Lippstadt. Vor rund fünf Wochen hatte der 34-Jährige vier Personen an der Hochschule in der westfälischen Stadt attackiert, eine Lehrbeauftragte (30) starb an ihren

Verletzungen. Drei Studierende im Alter von 22 Jahren wurden schwer verletzt. Die Polizei hatte von einer „Amoktat“ gesprochen.

Laut Ministeriumsbericht hatte der Mann wenige Tage vor der Tat einen Suizidversuch unternommen, sich deswegen in stationäre ärztliche Behandlung begeben. Er habe die Klinik aber am Tattag wieder verlassen, weil er sich vom medizinischen Personal bedroht



Blumen und Kerzen liegen vor der Hochschule Hamm. Foto: dpa

fühlte. Er kaufte zwei Küchenmesser und begab sich mit Tötungsabsicht zur Hochschule. Er habe dort im Foyer einer Studentin in den Hals und in die Wange gestoßen, danach einem Studenten eine Verletzung am Hals zugefügt. Einer weiteren Studentin rammete er achtmal ein Messer in den Bauch, eine Not-Operation rettete ihr Leben. Mit den Worten „Jetzt bist du dran!“ stach er in einem Hörsaal danach auf die Lehrbeauftragte ein, die einen Tag später verstarb.

In dem Bericht hieß es weiter, der 34-Jährige habe sich zuvor im April bei der Polizei in Hamm gemeldet, weil er sich von Mitstudierenden im Wohnheim überwacht fühle. Es habe sich aber damals kein Hinweis auf eine Eigen- oder Fremdgefährdung ergeben. Der Mann habe reflektieren können, dass seine Schilderungen „nur schwer nachvollziehbar sind“. Er habe angegeben, in psychotherapeutischer Behandlung zu sein.

Insgesamt sind 74.263 Personen ausreisepflichtig – Regierung setzt auf Bleibeperspektive

64.084 Geduldete in NRW

DÜSSELDORF (dpa). Die Zahl der ausreisepflichtigen Ausländer mit Duldung ist in Nordrhein-Westfalen weiterhin hoch. Ende Mai galten 74.263 Personen als ausreisepflichtig – 64.084 von ihnen hatten aber eine Duldung. Das teilte das nordrhein-westfälische Ministerium für Flucht und Integration mit. Im Vergleich zum vergangenen Jahr – mit insgesamt 73.926 Ausreisepflichtigen, davon 64.176 geduldeten – ist das kaum eine Veränderung.

Eine Duldung kann aus gesundheitlichen oder humanitären Gründen erteilt werden, wenn die Sicherheitslage im Herkunftsland eine Abschiebung nicht erlaubt oder auch, wenn Pass- und Reisedokumente nicht beschafft werden können. Viele Flüchtlinge kommen ohne Ausweisdokumente nach Deutschland, um nicht abgeschoben werden zu können. Der nach der Wahl abgelöste Flüchtlings- und Integrationsminister Joachim Stamp (FDP) hatte das

Ziel vorgegeben, die Zahl der Geduldeten in der neuen Legislaturperiode zu halbieren. Seine Amtsnachfolgerin Josefine Paul (Grüne) hat dagegen angekündigt, alle humanitären und aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten zum Bleiberecht so auszuerschöpfen, dass gut integrierte geduldete Geflüchtete eine dauerhafte Bleibeperspektive erhalten.

Ein entsprechender Erlass des Landes war am Freitag

veröffentlicht worden. „Diese Menschen bereichern Nordrhein-Westfalen, auch weil wir alle Potenziale angesichts des Fachkräftemangels brauchen“, erklärte Paul. Zuvor hatte bereits das rot-grün-gelbe Bundeskabinett beschlossen, die Bleibeperspektive für langjährig Geduldete mit einem sogenannten Chancen-Aufenthaltsrecht zu verbessern. Dieser Vorstoß ist im parlamentarischen Verfahren.



In Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der ausreisepflichtigen Personen hoch. Die Zahl der Duldungen aber auch. Foto: Jens Kalaena

In diesem Jahr erfolgten aus NRW nach Angaben des Flüchtlingsministeriums bis Ende Mai insgesamt 1377 von bundesweit 5352 Abschiebungen. Gut jede vierte entfiel also auf Nordrhein-Westfalen. 2021 waren 2903 von bundesweit fast 12.000 Abschiebungen registriert worden. Zudem gab es in NRW in diesem Jahr nach vorläufigen Daten bis Ende Mai 887 freiwillige Ausreisen. Das ist, gemessen an den bundesweiten Zahlen, ein Anteil von gut 28 Prozent. Im kompletten Jahr 2021 waren den Angaben zufolge in NRW 1780 von bundesweit 6790 freiwilligen Ausreisen erfasst worden.

Außerdem teilte das Ministerium auf Anfrage mit, dass in der abgelaufenen Wahlperiode von Juli 2017 bis Ende Juni 2022 insgesamt 83 sicherheitsrelevante Personen aus NRW abgeschoben worden seien – darunter 41 als Gefährder eingestufte Personen. Drei weitere Gefährder seien freiwillig ausgereist.